

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2004



## Viele neue Chancen auf einem großen Markt

Die Sorgen der Arbeitnehmer, der Bürgermeister oder der Landräte sind verständlich: Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsländer wird neuen Wettbewerbsdruck auf den deutschen Arbeitsmarkt ausüben und vielleicht sogar zur Verlagerung von Betriebsstätten führen. Den Menschen, den Gemeinden und Landkreisen, die davon betroffen sind, werden neue Lasten auferlegt. Aber ist das schon das – böse – Ende der Geschichte vom Zusammenwachsen der Gesellschaften, der Staaten und der Wirtschaften in Europa? Ist das ein Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, die Öffnung von Grenzen führe zu nichts anderem als zu Lohndruck und steigender Arbeitslosigkeit?

Alle historischen Erfahrungen zeigen, dass freier Handel und größer werdende Märkte Vorteile für alle bringen, die bereit sind, neue Chancen zu nutzen. Wenn die Beitrittsländer attraktiv für Industrieansiedlungen werden, dann werden die Menschen in diesen Ländern über mehr Kaufkraft verfügen. Ein Teil dieser Kaufkraft wird sich auf Güter und Dienstleistungen richten, die zu wettbewerbsfähigen Preisen auch in Deutschland hergestellt werden können. Oder sollte man vorsichtshalber „hergestellt werden könnten“ sagen? Denn darauf kommt es an: Güter und Dienste, die sich im Wettbewerb behaupten wollen, müssen gut und preiswert sein. Das heißt, der Wettbewerb spornt nicht nur die Produktideen an, er drückt auch auf die Kosten: auf Arbeitskosten, die durch eine falsch angelegte Sozialpolitik in die Höhe getrieben werden; auf die Kosten einer überbordenden Bürokratie; auf die Kosten der Kapitalbeschaffung in einem Hochsteuerland.

Auf einem wachsenden Markt bieten sich viele neue Chancen. Aber man muss sich an neue Wettbewerber anpassen, die ungeduldig darauf gewartet haben, ihre Chancen wahrzunehmen. Die Idee „Europa“ lebt von der Bereitschaft zum Wettbewerb. Solange diese Bereitschaft besteht, wird der „alte Kontinent“ nicht an den Rand gedrängt werden.

*Hans D. Barbier*

## Green-Card-Fachkräfte verlassen Deutschland

Was im Juristendeutsch „Verordnung über Aufenthaltserlaubnisse für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie“ heißt, dürfte unter dem Begriff „Green Card“ besser bekannt sein. Ab Sommer 2000 wollte die Bundesregierung damit bis zu 20 000 ausländische Software-Spezialisten nach Deutschland holen. Bis einschließlich März 2004 erhielten 16 125 Frauen und Männer aus aller Welt diese spezielle deutsche Arbeitserlaubnis.

Für viele Green-Card-Inhaber läuft die Arbeitserlaubnis im kommenden Jahr aus. Ob die IT-Spezialisten eine Zukunft in Deutschland haben, ist ungewiss. Wie es nach Ablauf der fünfjährigen Arbeitserlaubnis weitergehen sollte, war im Zuwanderungsgesetz geregelt. Doch das Bundesverfassungsgericht kippte das Gesetz im Sommer 2003. Seitdem versuchen Regierung und Opposition vergeblich, sich auf eine neue Zuwanderungsregelung zu einigen.

Viele der ausländischen IT-Kräfte verlassen aufgrund dieser Ungewissheit Deutschland und werden versuchen, sich in benachbarten europäischen Ländern und – vorzugsweise – in den Vereinigten Staaten niederzulassen. In ihre Heimat wollen nur die wenigsten zurückkehren.

## Wirkungslose Reformen

Das aktuelle Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute stellt der Bundesregierung ein deprimierendes Zeugnis aus. „Es wäre falsch zu meinen, die bessere Konjunktur sei auch oder sogar vorwiegend Ergebnis der in Gang gesetzten Reformen“, erklärten die Wirtschaftsforscher Ende April in Berlin. Beschlossene Maßnahmen wie die Hartz-Gesetze würden sogar wirkungslos verpuffen.

Die Regierung lenkt nach Auffassung der Ökonomen nach wie vor zuviel Geld in den Konsum, während sie Investitionen vernachlässigt. Zur dauerhaften Sicherung des Wohlstands müsse die Regierung aber Finanzmittel zu Gunsten von Investitionen in Infrastruktur und Bildung umschichten.

Die Gesetzes- und Reformorgie der Regierung habe die Bevölkerung verunsichert. Wer unsicher sei, investiere jedoch nicht und gebe weniger Geld aus. Die Folge: Die Nachfrage lahmte, die Wirtschaft schwächelte. Das Urteil der Wirtschaftsforscher zeigt: Kurzfristige Konjunkturpolitik richtet nichts aus, und ein Wirtschaftsaufschwung lässt sich nicht per Gesetz erzwingen.

[www.diw.de/deutsch/Produkte/publikationen/wochenberichte/docs/04-18.pdf](http://www.diw.de/deutsch/Produkte/publikationen/wochenberichte/docs/04-18.pdf)

## Investitionen in Bildung

Im Jahr 2002 haben sich 68 Prozent der Erwerbsfähigen

zwischen 19 und 64 Jahren beruflich fortgebildet. Im Durchschnitt wendete jeder von ihnen 502 € im Jahr dafür auf. Hochgerechnet kamen für die rund 28 Millionen Teilnehmer knapp 14 Milliarden € zusammen, die investiert wurden. 74 der 138 Weiterbildungsstunden im Jahr fielen im Übrigen in die Freizeit der Lernwilligen. „Lebenslanges Lernen“ aus eigenem Antrieb, ohne politischen Druck und gesetzlichen Zwang, ist bei vielen Menschen offenbar üblich.

[www.bibb.de/de/11605.htm](http://www.bibb.de/de/11605.htm)

## Geburtstagskind – Sorgenkind

Die Pflegeversicherung feierte ihren zehnten Geburtstag: Am 22. April 1994 hatte der Bundestag grünes Licht für die Einführung einer staatlich organisierten Pflegeversicherung gegeben. Doch der Nachzügler in der Sozialversicherung kränkelt. Seit 1999 schreibt die Pflegeversicherung rote Zahlen. Zwar ließ sich das Defizit bislang mit Rücklagen ausgleichen. Werden aber die Beiträge nicht erhöht oder die Leistungen gesenkt, ist der Kapitalstock bald aufgezehrt. In zwei Jahren werden nur noch 1,8 Milliarden € als Sicherheitsreserve verfügbar sein, 0,6 Milliarden € weniger als die gesetzlich vorgeschriebenen anderthalb Monatsausgaben. Ursache für die desolate Lage sind immer mehr Pflegefälle und die zunehmende, kostenintensive Heimunterbringung von Pflegebedürftigen.

[www.bmgs.bund.de](http://www.bmgs.bund.de)

## Unternehmen auf der Flucht?

Die Europäische Union (EU) ist größer geworden. Seit dem 1. Mai 2004 gehören dem – nunmehr – größten Wirtschaftsraum der Welt zehn neue Mitglieder an. Viele Deutsche befürchten, dass nun massenhaft Arbeitsplätze Richtung Osten „abwandern“.

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) sei die Spaltung Europas durch den Kalten Krieg endgültig überwunden, triumphierten Europas Regierungschefs bei der Beitrittsfeier in Dublin. Doch längst nicht alle Bürger teilen die Begeisterung. Drei Viertel der Deutschen fürchten, dass weitere Unternehmen ihre Fabriken schließen und in den Beitrittsländern, in denen die Löhne niedriger sind, neue errichten. Zwei von drei Bundesbürgern glauben, dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland durch die EU-Erweiterung verschlechtert.

Werden Tausende Arbeitsplätze demnächst aus Deutschland verschwinden? Werden Löhne und Gehälter sinken, weil die Gewerkschaften gegen die Standortverlagerung machtlos sind?

Deutsche Exporte	
2003, in Milliarden €	
insgesamt	661,6
EU-Länder	367,2
Tschechische Republik	16,7
Polen	16,4
Ungarn	11,9
Slowakei	5,2
Slowenien	2,4
Litauen	1,6
Lettland	0,9
Estland	0,7
Zypern	0,4
Malta	0,3
alle Beitrittsländer	56,5
Quelle: Statistisches Bundesamt	

Zu den Unternehmen, die solche Befürchtungen bestätigen, gehört zum Beispiel Siemens. Der Technologiekonzern – mit 167 000 Mitarbeitern einer der größten privaten Arbeitgeber in Deutschland – erwägt die Verlagerung von mehreren tausend Arbeitsplätzen ins osteuropäische Ausland: In Ungarn seien die Lohnkosten um 30 Prozent niedriger, deshalb sei die Handy-Produktion an den nordrhein-westfälischen Standorten Bocholt und Kamp-Lintfort wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Es sei denn, die Mitarbeiter würden für das gleiche Geld wie bisher mehr arbeiten.

## Neue Arbeitsplätze im Ausland...

Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, hat deutsche Unternehmen kürzlich ausdrücklich aufgefordert, „die Chancen der Osterweiterung zu nutzen“ und Arbeitsplätze in die neuen EU-Länder zu verlagern. Die anschließende öffentliche Debatte erweckte den Eindruck, als stünde eine regelrechte Fluchtwelle bevor.

Tatsächlich sind zahlreiche deutsche Unternehmen schon seit langem in den neuen EU-Ländern vertreten. Zum Beispiel besitzt der Volkswagen-Konzern, der 1991 den Autohersteller Škoda übernommen hat, Produktionsstätten in der Tschechischen Repu-

Direktinvestitionen	
Nettozuflüsse ausl. Investoren 2002, in Millionen US-Dollar	
Tschechische Republik	8 226
Slowakei	4 007
Polen	3 700
Slowenien	1 790
Ungarn	598
Litauen	714
Lettland	388
Estland	185
Deutschland	42 000
Quelle: Europäische Bank für Wiederaufbau, BMWA	

blik, der Slowakei, Ungarn und Polen. Bis 2001 hatte die deutsche Industrie über 27 Milliarden € in den Beitrittsländern investiert, die sich Anfang der neunziger Jahre der Marktwirtschaft geöffnet haben.

Im vergangenen Jahr gingen die so genannten Direktinvestitionen in osteuropäische Länder allerdings zurück. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Abwanderungswelle ihren Höhepunkt überschritten hat. Weil die Güter- und Kapitalmärkte ohnehin schon seit Jahren weitgehend liberalisiert sind, rechnen Wirtschaftsforscher jedenfalls nicht mit einem neuen Schub als Folge des offiziellen EU-Beitritts.

Zwischen 1990 und 2001 haben deutsche Firmen einer groß angelegten Studie der Universität München zufolge in Osteuropa etwa 460 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings steht keines-



„Eine ehrlich gemeinte Marktwirtschaft kann an den nationalen Grenzen nicht aufhören.“

Ludwig Erhard

wegs jeder in Ungarn oder der Slowakei von deutschen Unternehmen eingerichteten Stelle ein verlorener Arbeitsplatz in Deutschland gegenüber. Die meisten Unternehmen haben nicht einfach Fabriken dorthin verschoben, wo die Löhne niedriger sind, vielmehr haben sie zusätzliche Kapazitäten aufgebaut. In Deutschland sind – verlagerungsbedingt – in den elf Jahren lediglich 90 000 Arbeitsplätze weggefallen. Gemessen an 38 Millionen Erwerbstätigen ist das nicht viel: Der Arbeitsplatzverlust durch Standortverlagerungen entspricht rechnerisch einer durchschnittlichen Erhöhung der Arbeitslosenquote um gerade einmal 0,02 Prozentpunkte pro Jahr.

### ... schaffen Arbeitsplätze in Deutschland

Viele Ökonomen sind davon überzeugt, dass durch Standortverlagerungen neue Arbeitsplätze in Deutschland

entstanden sind. Oft werden nämlich nur bestimmte Vor- oder Zwischenprodukte in Niedriglohnländern hergestellt, die Endmontage findet aber weiterhin in Deutschland statt (oder umgekehrt). Niedrigere Produktionskosten können zu geringeren Verkaufspreisen führen und die Absatzchancen verbessern, was wiederum mehr Produktion und Beschäftigung zur Folge hat, und zwar sowohl im Niedriglohnland als auch in Deutschland. Unternehmen wie Porsche, die zwar den größten Teil der Produktion ins Ausland verlegt haben, deren Mitarbeiterzahl in Deutschland aber trotzdem wächst, beweisen, dass diese Überlegung keineswegs bloße Theorie ist. Die deutsche Autoindustrie, die zu den Vorreitern der Produktionsverlagerung in osteuropäische Länder gehörte, hat heute 100 000 Beschäftigte mehr als vor zehn Jahren.

Deutsche Arbeitnehmer profitieren aber noch auf andere Weise von Investitionen in den Beitrittsländern, denn Osteuropa ist ein wichtiger Absatzmarkt für Produkte, die hierzulande gefertigt werden. 2003 haben deutsche Firmen Waren im Wert von 56,5 Milliarden € in die neuen EU-Länder exportiert. Seit 1993 haben sich die Ausfuhren in die Beitrittsländer fast vervierfacht. Damit sind die neuen EU-Mitglieder als Handelspartner für die deutsche Wirtschaft inzwischen beinahe so wichtig wie die USA. Volkswirte gehen davon aus, dass das Handelsvolumen in Zukunft weiter steigen wird – vorausgesetzt, die Kaufkraft der Polen, Tschechen, Ungarn etc. wächst ebenfalls weiter. Und dabei spielen die Auslandsinvestitionen eine wichtige Rolle: In der Vergangenheit hat die Kaufkraft am schnellsten dort zugenommen, wo ausländische Firmen Fabriken gebaut haben. Zum Beispiel in der Slowakei, deren größter nicht-staatlicher Arbeitgeber inzwischen der Volkswagen-Konzern ist, der Löhne zahlt, die doppelt so hoch sind wie im Landesdurchschnitt.

### Arbeitskostenvergleiche: Nur bedingt aussagefähig

Eine Arbeitsstunde kostet VW in Bratislava 3 €, in Wolfsburg muss der Autohersteller dagegen 25 € pro Stunde zahlen. Angesichts dieser Relation ist es kein Wunder, dass sich deutsche Arbeitnehmer vor der Billig-Konkurrenz fürchten.

Doch die Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen: Die Ar-

beitskosten pro Stunde liegen im Durchschnitt aller Beitrittsländer zwar nur bei einem Fünftel oder Sechstel des deutschen Niveaus. Allerdings relativieren sich die Kostenvorteile, wenn die unterschiedliche Produktivität in die Rechnung einbezogen wird. Die durchschnittlichen Lohnstückkosten – die im Gegensatz zu den „einfachen“ Lohnkosten auch Produktivitätsunterschiede berücksichtigen (Lohnkosten pro Produkteinheit statt Lohnkosten pro Stunde) – sind in den östlichen Beitrittsländern wesentlich höher als in Deutschland, weil die Produktivität geringer ist. Von drei Unternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlegt haben, kehrt eins wieder nach Deutschland zurück, weil Produktionspannen oder logistische Probleme den Lohnkostenvorteil zunichte gemacht haben.

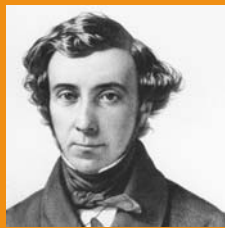
Die Arbeitskosten sind seit Jahrzehnten beinahe überall auf der Welt niedriger als in Deutschland, trotzdem gibt es in Westdeutschland heute gut drei Millionen Erwerbstätige mehr als vor 30 Jahren. Wirtschaftsforschungsinstitute in Halle, Berlin und London sind sich einig, dass die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland infolge der EU-Erweiterung nicht zurückgehen wird. Der Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels schätzt sogar, dass in den nächsten zehn Jahren noch einmal 500 000 Arbeitsplätze dazu kommen – netto. Das heißt, die „abgewanderten“ Stellen sind schon abgezogen.

Philipp Wolter

### Bevölkerung und Einkommen

	Einwohner in Tausend	BIP pro Kopf in €	Bruttoverdienst in € pro Stunde*
Tschechische Republik	10 203	7 410	2,81
Slowakei	5 379	5 360	2,22
Polen	38 214	4 830	3,42
Slowenien	1 995	10 270	7,31
Ungarn	10 125	7 120	2,57
Litauen	3 463	4 490	1,95
Lettland	2 332	3 940	1,87
Estland	1 356	5 470	2,21
Zypern	805	15 840	9,11
Malta	397	10 590	-
Eurozone	305 800	23 777	-
EU-15	379 500	24 260	-
EU-25	453 800	22 220	-

\* ohne Öffentlichen Dienst, 2003  
Quelle: Eurostat



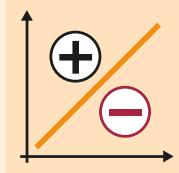
„In Europa halten sich die Parteien gewissermaßen für den gesetzgebenden und vollziehenden Vormund der Nation, die ihre Stimme nicht selbst erheben kann; von dieser Vorstellung aus handeln und befehlen sie.“

Alexis de Tocqueville (1805 - 1859), französischer Jurist und Politiker

## IM KLARTEXT

Mai 2004

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung

Die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung hat sich seit 1991 verdoppelt. Das ergibt sich aus dem so genannten Mikrozensus, den das Statistische Bundesamt jährlich erhebt. 1991 gab es 10,3 Millionen junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren. Davon waren rund 3,3 Millionen ohne Ausbildung. 2003 hatten von rund 9,4 Millionen Jugendlichen rund 6,6 Millionen keine Berufsausbildung. Dabei fassen die Statistiker den Be-

griff Berufsausbildung sehr weit: Neben der Lehre zählen sie auch Berufspraktika und den Besuch von Berufsfachschulen zur beruflichen Bildung. Das Fatale an dieser Entwicklung: Jugendliche ohne Ausbildung rutschen häufiger als qualifizierte Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit und starten ihr Berufsleben mit dem frustrierenden Gefühl, nicht gebraucht zu werden.

### Geldwertstabilität

Im Lauf der Jahrzehnte hat der Staat mehr und mehr Aufgaben übernommen. Inzwischen wird in Deutschland - inklusive aller Sozialleistungen - fast jeder zweite Euro vom Staat ausgegeben, die so genannte Staatsquote beträgt knapp 50 Prozent.

Die Kehrseite der Medaille: Der Staat kann nur ausgeben, was er seinen Bürgern in Form von Steuern und Abgaben genommen hat. Je höher der staatliche Zugriff, um so weniger bleibt dem Einzelnen zur Vorsorge. Da verwundert es nicht, dass knapp die Hälfte der privaten Haushalte in Deutschland weniger als 100 €

### Staatsquote

ausgewählte Länder 2003, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes

Irland	35,2
USA	35,9
Japan	38,3
Spanien	39,3
Großbritannien	42,8
Polen	46,8
Deutschland	49,4
Frankreich	54,1
Dänemark	54,4
Schweden	59,1

Quelle: OECD

im Monat auf „die hohe Kante“ legen kann.

### Eigenverantwortung

Wer sich in Deutschland als Unternehmer betätigen will, braucht vor allem Geduld. Es vergehen im Durchschnitt 45 Tage, bis eine neue Firma ihre Tore für Mitarbeiter und Kunden öffnen kann. Neun verschiedene Stellen - vom Finanzamt über das Gewerbeamt bis zu den zuständigen Kammern - müssen ihr „Einverständnis“ geben.

Einfacher ist das Gründen in Australien oder Kanada. Dort reichen zwei Anträge,

um ein Unternehmen mit beschränkter Haftung (Limited Company) zu gründen. In zwei bis drei Tagen kann es losgehen. Auch in Dänemark und den USA geht das Gründungs-Prozedere schnell: Die Weltbank hat festgestellt (<http://rru.worldbank.org/doingbusiness/>), dass hier vier Tage reichen, um als Unternehmer zu starten.

### Gründungsdauer

ausgewählte Länder, in Tagen

Mosambik	153
Venezuela	119
Portugal	95
Argentinien	68
Ungarn	65
Belgien	56
Frankreich	49
Albanien	47
Deutschland	45
Südafrika	38
Japan	31
Russische Föderation	29
Großbritannien	18
Dänemark	4
USA	4
Kanada	3
Australien	2

Quelle: Weltbank

### Arbeitslose

junge Erwachsene unter 25 J. in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · [www.ludwig-erhard-stiftung.de](http://www.ludwig-erhard-stiftung.de)

*Ludwig Erhard*